

Säkularer Staat und Islamismus in Tadschikistan

Von Musaffar Olimow und Saodat Olimowa, Duschanbe

Zusammenfassung

Über die Gefährdung der zentralasiatischen Staaten durch islamistische Strömungen bestehen ganz unterschiedliche Einschätzungen, die u. a. auf unterschiedlichen Definitionen und politischen Positionen beruhen. Für ein begründetes Urteil ist genaueres Wissen über die gesellschaftlichen Einstellungen gegenüber dem Islam und seine Rolle im politischen Leben in den einzelnen Staaten nötig. Daher wird im folgenden Text eine bestimmte Ausprägung des Säkularismus in Zentralasien am Beispiel Tadschikistans untersucht. Auf der Grundlage eigener soziologischer Umfragen über die öffentliche Meinung zur Rolle des Islam in der Politik, die religiöse Praxis und die Religionspolitik sowie die Beziehungen des säkularen Staats zum politischen Islam kommen die Autoren zu dem Ergebnis, dass zwischen den Positionen des Staates und der Gesellschaft zu religiösen Fragen eine wachsende Kluft zu beobachten ist. Darüber hinaus gibt es auch Unterschiede zwischen der jungen und den älteren Generationen in ihren Ansichten über eine säkulare Weltanschauung bzw. den Islamismus.

Die Überzeugung, dass politische islamische Bewegungen und religiöse Radikalisierung zu den zentralen Sicherheitsrisiken in Zentralasien zählen, ist weit verbreitet. Meistens werden in diesem Zusammenhang Zahlen über aus Zentralasien stammende [islamistische] Kämpfer, die an weltweiten Terrorakten beteiligt sind, sowie offizielle Statistiken über extremistische und terroristische Straftaten angeführt. Ein Vergleich mit anderen islamisch geprägten Regionen der Welt hinsichtlich des Spektrums, der Stärke und Aktivität politischer islamischer Bewegungen, der Zahl ihrer Kämpfer und ihrer Bewaffnung sowie des Charakters und der Frequenz ihrer Aktivitäten (Terroranschläge eingeschlossen) zeigt andererseits, dass die Situation in den Ländern Zentralasiens eigentlich als ruhig bezeichnet werden kann.

Teilweise ist diese widersprüchliche Einschätzung in einer unterschiedlichen Verwendung von Definitionen und Begriffen begründet. In den zentralasiatischen Republiken existiert ein spezifisches Verständnis von politischem Islam und religiöser Radikalisierung. Unter letzterer versteht man: a) eine Intensivierung des religiösen Lebens im Rahmen der bestehenden Ausprägung des Islam; b) das Auftreten neuer religiöser Strömungen und Auslegungen (manchmal auch als »anderer Islam« bezeichnet), und c) diverse Formen eines politischen Islam im weitesten Sinne. Islamwissenschaftler und Soziologen verbinden diese Erscheinungen jedoch nicht direkt mit einer Radikalisierung, sondern sehen sie als Teil eines Prozesses, in dem die Rolle und Funktion von Religion im Leben postsowjetischer Gesellschaften wiederbelebt wird. Diese unterschiedlichen Begriffsbestimmungen führen zu sehr unterschiedlichen Einschätzungen der Sicherheitsrisiken.

In den letzten Jahren sind von Wissenschaftlern wie Emanuel Karagiannis, Michael Taarnby und anderen verschiedene Studien zum Extremismus und zu radikalen

Bewegungen in Tadschikistan durchgeführt worden. Meistens kommen die Autoren zu dem Schluss, dass politischer Islam und Radikalisierung zwar ein Gefährdungspotential darstellen, dieses aber unklar ist und noch gründlicherer Untersuchung bedarf. Ihrer Ansicht nach liegen die Wurzeln der religiösen Radikalisierung in den unbefriedigenden sozioökonomischen Verhältnissen und in der schwachen Regierungsführung, in der Geschichte des politischen Islam und der islamischen Parteien in der Republik Tadschikistan, im Import von Ideen aus den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens und Südasiens sowie im niedrigen Niveau der religiösen Bildung.

Zugleich wird allgemein anerkannt, dass die Gefahr einer religiösen Radikalisierung in Tadschikistan sehr hoch ist, weil das Land eine rund 1.300 km lange gemeinsame Grenze mit Afghanistan hat und es einige Gruppierungen mit engen Verbindungen zu verschiedenen internationalen islamistischen Strömungen gibt. Diese Einschätzung entspricht der Position der staatlichen Organe der Republik Tadschikistan, sie sehen die Radikalisierung des Islam als eines der zentralen Sicherheitsprobleme und bezeichnen Afghanistan und Iran als wichtigste Quellen dieser Bedrohung.

Es gibt aber auch Experten, die der Auffassung sind, dass die zunehmende religiöse Radikalisierung in Zentralasien ein Mythos sei, der im Kampf der autoritären zentralasiatischen Regime gegen die Opposition entstanden ist, der unter der Flagge des Kampfes gegen radikale islamische Bewegungen und für den Erhalt des säkularen Staats geführt wird. Die Frage, ob radikale religiöse Bewegungen tatsächlich die säkularen Regime in Zentralasien bedrohen, muss auf dieser Ebene daher offenbleiben. Um ein klareres Bild zu erhalten, muss man genauer betrachten, wie sich die Gesellschaft gegenüber islamistischen Bewegungen verhält und welche

Rolle der Islam im politischen Leben der zentralasiatischen Staaten spielt.

Religiosität in Tadschikistan: empirische Befunde

Die empirische Basis für den vorliegenden Beitrag bilden Ergebnisse repräsentativer landesweiter Meinungsumfragen in den Jahren 2014 (2.000 Befragte) und 2016 (1.200 ausschließlich junge Menschen) sowie Experteninterviews mit führenden Vertretern des Islam und Fachleuten, die zwischen 2013 und 2017 in Tadschikistan stattgefunden haben.

Die Umfrage von 2014 ergab folgendes Bild der religiösen Situation in der Republik Tadschikistan: 99 % der Bevölkerung glauben an Gott, und 96 % orientieren sich in ihren Entscheidungen mehr oder weniger stark an ihrem Glauben. Im Land sind folgende Glaubensrichtungen vertreten: 98 % bezeichnen sich als Muslime, 0,5 % als orthodoxe Christen, 0,2 % als Atheisten und über 1 % gehören zu diversen anderen Konfessionen (anderen christlichen Kirchen, Bahai, Ahmadiyya-Muslime, Zoroastrier). 87 % der Muslime sind Sunniten, 3,2 % Ismailiten, 1,4 % Schiiten, und 6–7 % bezeichnen sich einfach nur als Muslime. Ca. zwei Drittel der Muslime praktizieren ihren Glauben: 50 % beten fünf Mal täglich – was als Indiz für starke Religiosität gelten kann, 76 % fasten während des Ramadan regelmäßig und 74 % besuchen mehr oder weniger regelmäßig eine Moschee.

Nach offiziellen Angaben (Stichtag 1. Januar 2017) gab es auf dem Gebiet der Republik Tadschikistan 3.900 offiziell registrierte Moscheen, darunter 48 Zentrale Freitagsmoscheen, 326 Freitagsmoscheen und 3.551 Moscheen, in denen fünf Mal täglich zum Gebet gerufen wird. Außerdem sind drei ismailitische Gebetshäuser und 69 nicht-muslimische religiöse Organisationen offiziell registriert und aktiv.

Das Verhältnis von Islam und Staat im Spiegel der öffentlichen Meinung

Unsere Untersuchungen haben gezeigt, dass der Islam im Verlauf der nunmehr über 25-jährigen postsowjetischen Übergangsperiode in den weltanschaulichen und moralischen Wertvorstellungen der Bürger Tadschikistans wieder seine frühere [prägende] Position in den Bereichen Ehe und Familie, in den Alltagspraktiken und im gesamtgesellschaftlichen Leben eingenommen hat. In den letzten Jahren gab es Versuche, ein islamisches Bankwesen zu entwickeln. Gleichzeitig hat die sowjetisch geprägte Gesetzgebung in den Bereichen Wirtschaft, Recht, Verwaltung und Politik weiterhin Geltung. Die von der Sowjetunion geerbten Spielregeln bestehen fort.

Unsere Befragungsergebnisse zeigen, dass die Bevölkerung Tadschikistans sich überwiegend zu lokalen Ausprägungen des Hanafismus bekennt; dieser erkennt die Trennung von weltlicher und religiöser Sphäre an und sieht die Regierungsvollmachten ausschließlich bei der weltlichen Macht. Allerdings sollten sich die weltlichen Machthaber nach Ansicht der tadschikischen Bevölkerung an der islamischen Ethik und deren Moralvorstellungen orientieren.

Diese Ambivalenz spiegelt sich in der öffentlichen Meinung deutlich wieder. Eine Analyse der Frage nach den Wechselbeziehungen zwischen Islam und Regierung (Daten von 2014) zeigt, dass es in der tadschikischen Gesellschaft zwei etwa gleich starke Hauptgruppen gibt: Zum einen diejenigen, die der Ansicht sind, dass der Islam in Politik und Religion keinerlei Rolle spielen sollte und in der staatlichen Politik nichts zu suchen hat (45 %). Auf der anderen Seite jene, die angeben, dass politische Führer im säkularen Staat Tadschikistan islamische Rechts- und Moralvorstellungen berücksichtigen müssen. Sie halten es auch für sinnvoll, in die säkulare Gesetzgebung einzelne Normen der Scharia einzufügen, vor allem im Ehe- und Familienrecht. Lediglich 1–2 % der Befragten meinen, dass die Gesetzgebung auf der Scharia basieren sollte. Insgesamt sind 80 % der Ansicht, dass der Staat in Tadschikistan sich an islamische Wertvorstellungen halten sollte.

Wenn es um die Rolle und den Platz islamischer Führer in der Politik geht, lassen sich drei beinahe gleich große Gruppen identifizieren: a) Eine Gruppe meint, dass religiöse Führer überhaupt keine Rolle in der Politik spielen sollten (28 %). b) Eine zweite Gruppe vertritt die Ansicht, dass religiöse Führer sich zu politischen Fragen äußern und den politischen Führern Ratschläge auf der Grundlage islamischer Positionen erteilen sollten (27 %). c) Die dritte Gruppe ist der Meinung, dass religiöse Führer sich gleichberechtigt in der Politik betätigen können sollten (26 %). Die Mehrheit der Befragten (65 %) vertritt die Ansicht, dass es in Tadschikistan politische islamische Parteien auf Grundlage eines gemäßigten Islam geben sollte.

Bei der Untersuchung der öffentlichen Meinung zum Thema Beziehungen zwischen Islam und Staat sind auch die Unterschiede zwischen den Generationen zu beachten. Die weltanschaulichen Transformationsprozesse nach dem Zerfall der Sowjetunion und die Abkehr von der sowjetischen Ideologie und vom Atheismus in der Bevölkerung Tadschikistans dauern an. Während der Sowjetzeit war die Religiosität unter den Vertretern der älteren Generation am stärksten ausgeprägt. Der Anteil praktizierender Gläubiger unter jungen Leuten war weitaus geringer. Diese Situation hat sich im ersten Jahrzehnt nach dem Zerfall der Sowjet-

union radikal verändert. In den 2000er Jahren beachteten die Jüngeren die religiösen Normen weitaus strenger als ihre Eltern und mehr noch als ihre »sowjetischen Großväter«, unter denen es viele überzeugte Kommunisten gab. In den letzten Jahren hat sich das übliche Muster, dass die junge Generation weniger religiös ist als die ältere, wieder durchgesetzt. Das hat mit dem Generationswechsel zu tun: die Alten – die Erbauer des Sozialismus in Tadschikistan – verschwinden, und die während der Sowjetzeit geborenen Erwachsenen versuchen, sich ein umfassendes islamisches Weltbild anzueignen. Insgesamt spielt die Religion in der Weltanschauung der tadschikischen Jugend aber eine größere Rolle als bei ihren Eltern.

Um herauszufinden, wie stark junge Menschen zwischen 14–29 Jahren den Säkularismus bzw. die Errichtung eines islamischen Staats unterstützen, stellten wir ihnen die Frage nach den Perspektiven eines weltlichen oder eines islamischen Staates in der Republik Tadschikistan. Die überwiegende Mehrheit, nämlich 62%, sprach sich für den Erhalt des säkularen Staats aus. Fast ein Viertel der Befragten ist für die Einführung einzelner Gesetze auf Basis der Scharia, und nur 6% der Jugendlichen wünschen sich, dass Tadschikistan ein islamischer Staat wird.

Staatliche Religionspolitik

Während des Bürgerkrieges (1992–1997) gehörte die oppositionelle islamische Bewegung zu den Konfliktparteien. Nach dem Friedensabkommen von 1997 wurde in Tadschikistan eine liberale Religionspolitik umgesetzt. In dieser Zeit wurde die tadschikische Definition des Säkularismus entwickelt, die auf die Trennung zwischen Staat und religiösen Organisationen, aber nicht zwischen Staat und Religion, abzielte. Die normativ-rechtliche Grundlage und die Gesetzgebung zur Gewissensfreiheit und zu den religiösen Organisationen wurden erarbeitet, eine aktive und funktionsfähige islamische politische Partei war im Parlament vertreten. Auch die Regulierung des religiösen Lebens wurde auf eine systematische Grundlage gestellt und durch die Einrichtung des Komitees für Religion und nationale Traditionen, Feste und Riten (angesiedelt bei der tadschikischen Regierung) und des Zentrums für Islamwissenschaft beim Präsidenten der Republik unterstützt. Das Zentrum hat auch einen nichtstaatlichen »Rat islamischer Gelehrter« (*schuro-i ulamo*), der aus 25 islamischen Autoritäten besteht. Der Vorsitzende dieses Rats ist gleichzeitig auch Vorsitzender des Zentrums für Islamwissenschaft. Zu den Aufgaben des Rats gehört es, Rechtsauskünfte zu Religionsfragen (*fatwa*) zu geben, religiöse Streitigkeiten zu schlichten und die Muslime Tadschikistans im Geiste der moralischen Normen des

Islam, des Patriotismus, der Toleranz und der Achtung anderer Religionen zu unterweisen.

Das Jahr 2009 wurde in Tadschikistan zum Jahr des großen Imam (*imam al-azam*) Abu Hanifa erklärt und gleichzeitig die hanafitische Richtung (*madhhab*) des sunnitischen Islam zur offiziellen Glaubenslehre des Landes erklärt. Der Hanafismus ist weltweit die am stärksten verbreitete und liberalste Rechtsschule des Islam; sie erkennt die Existenz einer weltlichen Macht und weltlicher Staaten an. Dennoch stellte die Anerkennung des Hanafismus als offizielle Lehre in Tadschikistan faktisch eine Absage an den Verfassungsgrundsatz der Trennung von Staat und Religion dar. Diese Entwicklung vollzog sich im Kontext der Stärkung der Präsidialmacht, einer Zunahme autoritärer Tendenzen und eines immer härteren Kampfes mit der politischen, oft religiös geprägten, Opposition.

Seither hat sich ein Wandel vollzogen – die staatliche Religionspolitik verschärfte sich von Jahr zu Jahr. Der Staat mischt sich immer aktiver in das religiöse Leben der Muslime ein und beansprucht die Definitionsmacht in Bezug auf den »wahren Islam«. Beim Präsidenten der Republik wurde ein Zentrum für Islamwissenschaften gegründet und der Koran ins Tadschikische übersetzt und großzügig verteilt. In der Schule wurde das Fach »Religionsgeschichte« eingeführt und die Moscheen mussten sich neu registrieren lassen, was zur Schließung von über 1.500 Moscheen führte. Dieser Prozess der Schließung von Moscheen hält bis heute an.

Entsprechend der offiziellen Version des Islam, die vom Komitee für Religionsangelegenheiten und nationale Traditionen, Feste und Riten, vom Zentrum für Islamwissenschaft und vom Rat der islamischen Gelehrten ausgearbeitet wurde, wurden die Dogmatik, die Regeln für Gebet und Predigt und die religiösen Rituale vereinheitlicht. 2009 wurde ein neues Gesetz über Gewissensfreiheit und religiöse Organisationen verabschiedet, anschließend das Gesetz über Regulierung von Riten und Traditionen. Das Gesetz »Über die Verantwortung der Eltern bei der Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder« (2011) verpflichtet die Erziehungsberechtigten, die Teilnahme Minderjähriger an religiösen Aktivitäten zu unterbinden, außerdem ist Personen unter 18 Jahren der Besuch einer Moschee verboten. Die als radikal bezeichneten Organisationen *Hizb ut-Tahrir* (Partei der Befreiung) und *Tabligi Dschamaat* (Missionsgesellschaft), salafitische Bewegungen und andere wurden verboten. Später wurde eine Verordnung erlassen, auf deren Grundlage staatliche Stellen sowohl die Themen der Freitagspredigten bestimmen als auch die Vorbereiter-Prediger (*imam chatib*) in den Moscheen zertifizieren. Außerdem wurde für letztere ein Sammelband mit Predigten und 2014 ein staatliches Handbuch herausgege-

ben. 2015 wurde schließlich die Partei der Islamischen Wiedergeburt (PIWT) verboten; in allen Moscheen wurden Videokameras installiert, Staatsangestellten wurde der Besuch der Freitagspredigten verboten, und es wurden massenhaft und systematisch Razzien durchgeführt, um sichtbare Symbole des Islam wie Bärte und Kopftücher zu bekämpfen. Ziel all dieser Maßnahmen war es, religiöse Radikalisierung, Extremismus und Terrorismus abzuwehren.

Unsere Meinungsumfragen zeigen, dass die tadschikische Bevölkerung der Verschärfung der Religionspolitik insgesamt wohlwollend gegenübersteht; allerdings ist die Unterstützung für die Maßnahmen der Regierung in den verschiedenen Altersgruppen und sozialen Schichten nicht einheitlich. In den Generationen über 30 Jahre gibt es zwei unterschiedlich große Gruppen: zwei Drittel (65 %) unterstützen den Staat, während fast ein Drittel gegen die staatliche Religionspolitik ist. In der jungen Generation (14–29 Jahre) unterstützt weniger als die Hälfte die Regierung, ein Viertel ist dagegen und ein Drittel hat keine Meinung dazu. Allerdings meinen mehr als 60 % der jungen Leute, dass Religion im gesellschaftlichen Leben eine größere Rolle spielen sollte. Diese Position vertreten vor allem Männer, die auf dem Lande leben, während Frauen sowohl in der Stadt wie auf dem Land weniger zu dieser Meinung neigen.

Fazit

Die Ergebnisse unserer Meinungsumfragen zum Thema Islam und zum Verhältnis von Staat und Religion in Tadschikistan sowie die Analyse der staatlichen Religionspolitik zeigen, dass sich die Kluft zwischen Gesellschaft und Staat in religiösen Fragen vertieft.

Über die Autoren:

Prof. Dr. Musaffar Olimow, Historiker, und Dr. phil. Saodat Olimowa, Unabhängiges Forschungszentrum »Sharq/Oriens«, Duschanbe, Tadschikistan.

Lesetipps:

- Paul Goble, Tajikistan, Most Muslim Country in Central Asia, Struggles to Rein In Islam, Jamestown Eurasia Daily Monitor, 6.2.2018, = <<https://jamestown.org/program/tajikistan-muslim-country-central-asia-struggles-rein-islam/>>
- Tajikistan Converts 2,000 Mosques Into Public Facilities, Eurasianet, 6.2.2018, = <<https://eurasianet.org/tajikistan-converts-2000-mosques-into-public-facilities>>
- Andrea Schmitz, Islam in Tadschikistan. Akteure, Diskurse, Konflikte, SWP Studie, März 2015, = <https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2015_S06_smz.pdf>
- Edward Lemon, Transforming Tajikistan: how the Rahmon regime turned religion into a site of struggle, ODR. Russian and beyond, 4.9.2018, = <<https://www.opendemocracy.net/od-russia/edward-lemon/transforming-tajikistan-islam>>

Man kann die Ergebnisse der Meinungsumfragen unterschiedlich interpretieren, doch darf man eines der zentralen Probleme in Zentralasien nicht ignorieren: die Suche nach einer Balance zwischen Sicherheitsinteressen und der menschlichen Dimension, konkret formuliert, zwischen der Abwehr eines gewaltbereiten Extremismus und der Achtung der Menschenrechte. In seinem Bemühen, die innere Sicherheit zu garantieren, schränkt der Staat die Menschenrechte, unter anderem die Meinungs- und Religionsfreiheit, immer mehr ein. Die heute bestehende Kluft zwischen der Religionspolitik und den Wertvorstellungen der Gesellschaft ist ziemlich gefährlich, denn Menschenrechte und Sicherheit sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Werden die Menschenrechte systematisch verletzt, ist die Gesellschaft grundsätzlich kein sicherer Ort mehr.

Die harte, auf Verbote setzende Religionspolitik der tadschikischen Regierung und die nicht gerechtfertigte Einmischung des Staates in das religiöse, private und gesellschaftliche Leben rufen gegenteilige Reaktionen hervor: Sie treiben einen Teil der jungen Generation dazu, sich radikalen Ideen zuzuwenden, und verschärfen die Spannungen in der Gesellschaft. Die Menschen verbergen ihre religiösen Überzeugungen und verlieren das Grundvertrauen in den Staat und die Gesellschaft. In diesem angstbesetzten sozialen Klima sind junge Muslime der Propaganda radikaler Islamisten im globalen Internet schutzlos ausgesetzt.

Aus dem Russischen von Brigitte Heuer